

Antrag 59/I/2026

OV Glienicke/Nordbahn, OV Hohen Neuendorf, OV Mühlenbecker Land

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für bezahlbaren Wohnraum und kommunale Unterstützung

- 1 1. Die SPD Brandenburg setzt
2 sich für die Gründung einer
3 landeseigenen Wohnungs-
4 baugesellschaft des Landes
5 Brandenburg ein.
- 6 2. Ziel dieser Gesellschaft ist
7 die Schaffung, der Erwerb
8 und die dauerhafte Bewirt-
9 schaftung von bezahlbarem
10 und sozial gebundenem
11 Wohnraum im gesamten
12 Land Brandenburg.
- 13 3. Die landeseigene Woh-
14 nungsbaugesellschaft soll
15 die Möglichkeit erhal-
16 ten, kleinere kommunale
17 Grundstücke und Bestands-
18 gebäude von Städten und
19 Gemeinden zu überneh-
20 men, zu entwickeln, zu
21 sanieren und zu verwalten,
22 wenn diese selbst nicht
23 über die personellen oder
24 finanziellen Ressourcen
25 verfügen.

26 4. Die SPD-Fraktion im Land-
27 tag Brandenburg wird
28 aufgefordert, die rechtli-
29 chen, organisatorischen
30 und finanziellen Voraus-
31 setzungen für eine solche
32 Genossenschaft zu prüfen
33 und einen entsprechenden
34 Antrag in die politische
35 Beratung einzubringen.

36

37 **Begründung**

38 1. Schaffung von bezahlbarem
39 und sozialem Wohnraum

40 Brandenburg steht – insbesonde-
41 re im Berliner Umland, aber zu-
42 nehmend auch in ländlichen Re-
43 gionen – vor erheblichen Her-
44 ausforderungen auf dem Woh-
45 nungsmarkt. Steigende Mieten,
46 ein Mangel an sozial gebunde-
47 nem Wohnraum und ein unzu-
48 reichendes Neubauvolumen ver-
49 schärfen die soziale Spaltung und
50 gefährden gleichwertige Lebens-
51 verhältnisse.

52 Andere Bundesländer, darun-
53 ter Berlin, Bayern oder Hes-
54 sen, zeigen, dass landeseigene
55 Wohnungsunternehmen einen
56 wirksamen Beitrag zur Entspan-
57 nung der Wohnungsmärkte
58 leisten können. Eine landeseige-
59 ne Wohnungsbaugesellschaft in

60 Brandenburg würde es ermög-
61 lichen, langfristig bezahlbaren
62 Wohnraum zu schaffen, dau-
63 erhaft in öffentlicher Hand zu
64 halten und sich an sozialen Kri-
65 terien statt an Renditeinteressen
66 zu orientieren.

67 Damit stärkt die SPD Branden-
68 burg ihr sozialdemokratisches
69 Kernanliegen: Wohnen ist ein
70 Grundbedürfnis und keine Ware
71 wie jede andere.

72

73 2. Entlastung kleiner und finanz-
74 schwacher Kommunen

75 Viele kleine Städte und Gemein-
76 den in Brandenburg verfügen
77 über kommunale Grundstücke
78 oder Gebäude, die entwickelt,
79 saniert oder für Wohnzwecke
80 genutzt werden könnten. Häufig
81 scheitert dies jedoch an fehlen-
82 den personellen Kapazitäten,
83 mangelndem Fachwissen oder
84 eingeschränkten Haushaltsmit-
85 teln.

86 Eine landeseigene Wohnungs-
87 baugenossenschaft kann hier
88 als verlässlicher Partner der
89 Kommunen agieren:

- 90 • Übernahme und Entwick-
91 lung kleinerer Flächen und
92 Bestandsimmobilien
- 93 • Professionelle Bewirtschaf-

94 tung und langfristige Be-
95 standssicherung

96 • Entlastung kommunaler
97 Verwaltungen und Haushal-
98 te

99 So wird verhindert, dass kommu-
100 nales Eigentum aus der Not her-
101 aus privatisiert wird oder dauer-
102 haft brachliegt. Gleichzeitig bleibt
103 die kommunale Einflussmöglich-
104 keit gewahrt.

105

106 **Schlussbemerkung**

107 Mit der Gründung einer landesei-
108 genen Wohnungsbaugesellschaft
109 verbindet die SPD Brandenburg
110 soziale Wohnraumpolitik mit
111 kommunaler Solidarität. Sie
112 stärkt den öffentlichen Einfluss
113 auf den Wohnungsmarkt, schafft
114 konkrete Entlastung vor Ort und
115 setzt ein klares Zeichen gegen
116 die weitere Kommerzialisierung
117 des Wohnens.